



Petra Crone

Mitglied des Deutschen Bundestages

Petra Crone, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Friedensgruppe Lüdenscheid
Bernd Benschmidt
Martin Sander
Matthias Wagner

per E-Mail

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 030 227 72880

Fax 030 227 76886

petra.crone@bundestag.de

Wahlkreisbüro Märkischer Kreis

Breitenfeld 1b

58507 Lüdenscheid

Telefon 02351 65 38

Fax 02351 671770

petra.crone@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Kreis Olpe

Frankfurter Str. 9

57462 Olpe

Telefon 02761 9423225

Fax 02761 9423226

Berlin, 2. September 2013

Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2013 – Name: Petra Crone, SPD

Thema: Rüstungsexport

Sehr geehrter Herr Benschmidt,
sehr geehrter Herr Sander,
sehr geehrter Herr Wagner,

für die Übersendung des Wahlprüfsteins zur Bundestagswahl 2013 danke ich Ihnen herzlich. Ich bin gern bereit, die Fragen zu beantworten.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Immer mehr Waffen und Rüstungsgüter werden von Deutschland aus exportiert – auch an sehr bedenkliche Länder. Aus Sicht der SPD ist diese Entwicklung gefährlich und verantwortungslos. Restriktivität ist dringend notwendig. Um eine stärkere Verbindlichkeit zu erzielen, sollen die bislang geltenden „Politischen Grundsätze“ und die Verfahrensgrundsätze gesetzlich verankert werden. Die SPD will so eine Rechtsverbindlichkeit dieser Grundsätze erreichen.

Wenn Sie im Falle Ihrer Wahl kein grundsätzliches Rüstungsexportverbot wollen, unterstützen Sie dann eine oder mehrere der folgenden sechs Forderungen?

1. Keine Rüstungsexporte an menschenrechtsverletzende Staaten!

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter schwere Menschenrechtsverletzungen verübt.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese in bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden könnten?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Ja, keine Rüstungsexporte an Länder, die die Menschenrechte missachten. Die SPD tritt dafür ein, dass Deutschland sich streng an die geltenden Rüstungsexportrichtlinien hält und dementsprechend eine restriktive Exportpolitik praktiziert. Die Einhaltung der Menschenrechte im Empfängerstaat ist ausdrücklich eines der wesentlichen Kriterien bei der Entscheidung von Rüstungsexportanfragen.

2. Keine Rüstungsexporte an kriegführende Staaten!

Zahlreiche Empfängerländer deutscher Kriegswaffen sind in Kriege oder Bürgerkriege verwickelt; dessen ungeachtet stimmt die Bundesregierung Waffenexporten an Krieg führende Staaten zu.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrecht erhalten oder verschärft werden?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Auch hier tritt die SPD für eine strenge Anwendung der geltenden Rüstungsexportrichtlinien ein. Demnach sind Lieferungen in Spannungsgebiete - und erst recht in Kriegsgebiete – eindeutig nicht zulässig.

3. Exportverbot für Kleinwaffen!

Dramatisch hoch sind die Opferzahlen durch den Einsatz sogenannter Kleinwaffen wie Pistolen, Maschinenpistolen oder Gewehre. Deutschland ist drittgrößter Kleinwaffenexporteur der Welt.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Exportverbot von Kleinwaffen aus Deutschland ein?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Dass sich der deutsche Export von Klein- und Leichtwaffen in den letzten Jahren verdoppelt hat, ist eine äußerst besorgniserregende Entwicklung. Die SPD fordert, die deutschen Exportgenehmigungen für kleine und leichte Waffen drastisch zu reduzieren und setzt sich für international verbindliche Exportregeln ein. Wir unterstützen das VN-Kleinwaffenaktionsprogramm zur Bekämpfung der illegalen Proliferation.

4. Keine Lizenzvergaben zum Nachbau deutscher Kriegswaffen!

Die Erfahrungen der Vergangenheit belegen, dass die Vergabe von Lizenzen für Kriegswaffen zu einer unkontrollierbaren Produktion, Weiterverbreitung und zum Einsatz dieser Waffen führen.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für ein vollständiges Verbot der Lizenzvergabe für Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter ein?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Auch für die Lizenzvergabe gilt, dass der Endverbleib von Waffen zweifelsfrei sichergestellt und regelmäßig kontrolliert werden muss. Verstöße gegen dieses Prinzip müssen automatisch den Genehmigungsstopp zur Folge haben.

5. Keine Absicherung von Rüstungsexporten durch Hermes-Bürgschaften!

Mit Hermes-Bürgschaften sichert der Staat Rüstungsexportgeschäfte in Milliardenhöhe auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ab.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für die Forderung nach einem Verbot von Hermes-Bürgschaften beim Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Sollte nach umfassender und restriktiver Prüfung aller Rüstungsexportrichtlinien und politischer Grundsätze eine positive Entscheidung erfolgen, kann das Instrument Hermes-Bürgschaften nicht per se ausgeschlossen werden.

6. Transparenz beim Waffenhandel!

Deutsche Rüstungsexportgeschäfte sind im höchsten Maße intransparent: Brisante Exportgenehmigungen werden vom Bundessicherheitsrat in geheimer Sitzung entschieden, unzureichende Rüstungsexportberichte erst Ende des Folgejahres publiziert.

Frage: *Setzen Sie sich im Falle Ihrer Wahl für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages und für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden?*

Antwort Petra Crone, SPD:

Ja, die SPD setzt sich für eine zeitnahe Informationspflicht der Bundesregierung gegenüber den Abgeordneten ein. Außerdem fordert die SPD, die Kontrollrechte des Deutschen Bundestages deutlich zu stärken. Die Bundesregierung muss über getroffene Exportbeschlüsse unverzüglich informieren und ihre Entscheidung begründen. Klar ist auch, dass künftige Rüstungsexportberichte deutlich transparenter und aussagekräftiger als bislang sein müssen. Dazu gehören auch zusätzliche Informationen, wie zum Beispiel über Produktionslizenzen, Sammelausfuhrgenehmigungen und militärische Dienstleistungen. Der jährlich vorzulegende Rüstungsexportbericht der Bundesregierung muss spätestens drei Monate nach Ablauf des Kalenderjahres vorgelegt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Petra Crone, MdB